

Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile
Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband
Band: 40 (1993)
Heft: 10

Rubrik: In Kürze = En bref = In breve

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Fortschritte bei der Friedlichen Streitbeilegung

JM. Seit langem ist die Friedliche Streitbeilegung (FSB) ein besonderes Anliegen der schweizerischen Politik. Laut dem Bericht '90 zur Sicherheitspolitik ist die FSB ein wesentlicher Bestandteil der Friedensförderung. Unser Land hat denn auch Wertvolles zum Zustandekommen des Übereinkommens über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) beigetragen, das Mitte Dezember 1992 vom KSZE-Rat gebilligt wurde.

180 Vertreterinnen und Vertreter der Medien, der Politik, der Wirtschaft, der Wissenschaft, der Verwaltung und privater Organisationen, darunter zahlreiche namhafte Fachexperten, nahmen am 14. September 1993 in Bern an einem Seminar zum Thema «Friedliche Streitbeilegung» teil.

Das Seminar wurde von der Zentralstelle für Gesamtverteidigung (ZGV) veranstaltet. Die ZGV ist die überdepartementale

Stabsstelle des Bundesrates für Fragen der Sicherheitspolitik. Die Sicherheitspolitik verfügt über sieben Instrumente: Aussenpolitik, Aussenwirtschaftspolitik, Wirtschaftliche Landesversorgung, Zivilschutz, Armee, Staatsschutz und Information (Bereiche der Gesamtverteidigung).

ZGV-Direktor Hansheiri Dahinden hob in seiner Einführung die Bedeutung der friedlichen Beilegung von Streitigkeiten hervor. Leider hat heute das Thema angesichts der kriegerischen Auseinandersetzungen auf dem Balkan eine traurige Aktualität erlangt.

Botschafterin Marianne von Grünigen, Chef der Politischen Abteilung III für Friedens-, Sicherheits- und Abrüstungspolitik des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten (EDA), sprach über Entwicklung, aktuellen Stand und Perspektiven der Friedlichen Streitbeilegung.

Botschafter Prof. Dr. iur. Lucius Cafilisch, Rechtsberater des EDA, legte speziell das schweizerische Engagement für die Friedliche Streitbeilegung im Rahmen der KSZE sowie Inhalt und Anliegen der Botschaft des Bundesrates an die eidgenössischen

Räte betreffend das Übereinkommen über Vergleichs- und Schiedsverfahren innerhalb der KSZE vom 19. Mai 1993 dar. Zwei Drittel der KSZE-Teilnehmerstaaten haben das Abkommen bereits unterzeichnet. Er tritt in Kraft, wenn zwölf Staaten es ratifiziert haben. Sitz des Vergleichs- und Schiedsgerichtshofes ist Genf. 1994 soll in Budapest eine erste Überprüfungskonferenz stattfinden.

Am Podiumsgespräch unter Leitung von Konrad Stamm der Berner Tageszeitung «Der Bund» nahmen teil: Günther Bächler, Schweizerische Friedensstiftung, Botschafter Lucius Cafilisch, Botschafterin Marianne von Grünigen, Olivier Jacot-Guillarmod, Vizedirektor des Bundesamtes für Justiz, Botschafter Rolf M. Jeker, stellvertretender Direktor des Bundesamtes für Aussenwirtschaft, Walter Knüsli, Chef der Sektion Konventionen, Sonderaufgaben und Rechtsfragen des EMD, alt Staatssekretär Raymond Probst, Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Aussenpolitik und Yves Sandoz, Direktor und Mitglied des Exekutivrates des IKRK. ▀



Sportliche Zivi-Grillparty der ZSO Chur

Am 13. August führte die ZSO Chur auf dem Areal des Ausbildungszentrums Meiersboden die zweite Zivi-Grillparty durch. Zu diesem Anlass trafen sich das Kader der ZSO Chur, Vertreter des KAZS sowie der Stadt Chur. Bevor Leib und Seele im gemütlichen Zusammensein gestärkt werden konnten, musste von jedem Teilnehmer ein sportliches Ausbildungsprogramm durchlaufen werden. Die sogenannte Zivi-Olympiade besteht aus den

Disziplinen Armbrust-, Bogenschiessen sowie Korbball. 42 Herren und eine Dame lieferten sich einen spannenden, fairen Wettkampf. Den Höhepunkt bildete nach dem Essen die Siegerehrung mit Feuerwerk, wobei die Gewinner mit einer Medaille geehrt wurden. Der anschliessende Austausch von Erfahrungen und Geschichten rundete diesen Anlass, welcher hoffentlich zur Tradition werden wird, ab.

R. Frischknecht

Innere Sicherheit ist ein Kernthema

Der amerikanische Präsident Clinton kündigte einen neuen Vorstoss zur Verbrechensbekämpfung an, um die steigende Zahl von Gewaltverbrechen einzudämmen. Vorgesehen ist eine massive Aufstockung der Polizei. Sehr kontrovers wird die innere Sicherheit zurzeit in Deutschland erörtert. So forderte die FDP ein Sofortprogramm des Bundes und der Länder zur Verbrechensbekämpfung. Neben der Einstellung von mindestens 30000 zusätzlichen Polizisten in ganz Deutschland sollen auch die Gehälter und die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern verbessert werden. Der Präsident des Bundeskriminalamtes, Zachert, hat sich für eine umgehende Realisierung der geplanten europäischen Polizeibehörde «Europol» ausgesprochen. Auch in der Schweiz stösst die Durchsetzung von Recht und Ordnung nach Aussage von Politikern, Parteien und Polizeiverbänden an die Grenzen im Personal- und Infrastrukturbereich. Die Frage der inneren Sicherheit wird dabei mit der Asyl- und Ausländergesetzgebung in Verbindung gebracht.

Der Sektionschef,
September 1993

Frauen-Power beim Brugger Zivilschutz

Der Aufruf des Betreuungsdienstes der ZSO Brugg an die Frauen der Stadt, sich für einen freiwilligen Übungseinsatz zu melden, zeigte einen überraschend erfreulichen Erfolg. Es ging dabei um die Betreuung von über 20 zum Teil schwerstbehinderten Kindern. 100 Frauen forderten Unterlagen über den Zivilschutz und seine verschiedenen Dienste an. Deren 18 unterstützten die Zivilschützer aktiv vor Ort, indem sie mithalfen, den Kindern des Reformierten Kinderheims Brugg einen unvergesslichen Tag zu bescheren. Auf dem Programm stand ein Zoobesuch. Mit an dieser Übung dabei waren auch 15 Kinder der «Schnupperfrauen». Diese wurden von den eingeteilten Männern und Frauen des ZSO-Betreuungsdienstes in Obhut genommen.

Der Reussbote, 1. 9. 93

Zivilschutz am Herbstmarkt in Ostermundigen

Es gehört schon bald einmal zur guten Tradition, dass die im Jahr 1977 gegründete Zivilschutz-Kadervereinigung (ZKVO) am «Herbstmärit» in Ostermundigen vertreten ist. Am Freitag, 3. September, begann eine extra aufgebotene Gruppe «Bau» unter der Leitung von Willy Baer die Festwirtschaft, das Raclette-Stübli sowie die Cüpli-Bar aufzustellen und einzurichten. Tags darauf wirkten die herrlich duftenden Raclettes appetitanregend auf die Marktbesucher. Unsere Raclette-Crew hatte alle Hände voll zu tun, um der Nachfrage gerecht zu werden. Bei unserem Koordinator «Personal», H. Reinhard, meldeten sich 25 ZKVO-Mitglieder und Freunde zur Mithilfe in der Festwirtschaft. Diese wurde super organisiert von Ruth



von Gunten. Stimmung verbreitete wiederum unsere ZKVO-Band unter der Leitung unseres Präsidenten Rolf Egger von morgens 11 bis abends 22 Uhr. Die Cüpli-Bar war Treffpunkt für Freunde und Bekannte bei Barmaid Lilo Staudenmann.

ZKVO Ostermundigen

Gemeinden warten auf Subventionen

Vier Zürcher Gemeinden warten auf 450 000 Franken an Bundessubventionen für Zivilschutzbauten. Ihr Anspruch ist zwar anerkannt, ausbezahlt wird das Geld aber nicht, weil der für das Jahr 1993 für Zivilschutzbauten verfügbare Kredit bereits ausgeschöpft ist. Der Gemeinderat von Greifensee attestiert dem Bund «Zahlungsunfähigkeit» und brandmarkt die «unhaltbare Geschäftspolitik». Die Gemeinde habe 215 717 Franken Bundes-subvention für eine neugebaute Zivilschutzanlage zugute. Ihr sei aber mitgeteilt worden, es sei kein Geld in der Kasse, die Auszahlung könne vorläufig nicht erfolgen. Greifensee ist kein Einzelfall. Das Bundesamt für Zivilschutz steht auch bei

den Gemeinden Eglisau mit 60 000 Franken, Glatfelden mit 23 000 Franken und Rafz mit 151 000 Franken in der Kreide. Laut Alexandre Hallmann, Abteilungschef Bauliche Massnahmen im BZS, habe man gesamtschweizerisch 40 Gemeinden mitteilen müssen, man könne ihre Ansprüche im Moment nicht befriedigen. Hallmann rechnet, bis Ende Jahr könnten noch weitere 20 Gemeinden hinzukommen.

Tages-Anzeiger, 14. 9. 1993

Wie erstellt man Wartungschecklisten?

Die Arbeitsgruppe «Anlagen und Material» des Schweizerischen Zivilschutz-Fachverbandes der Städte führte am 24. September in Winterthur eine Fachtagung für das Erstellen von Wartungschecklisten durch. Dabei wurde anhand praktischer Beispiele das Unterhaltsproblem der Zivilschutzanlagen dargestellt. Aufgrund der zahlreichen Anmeldungen findet eine gleiche Tagung am 19. November, ebenfalls in Winterthur, statt. Interessenten richten ihre Anmeldung an das Zivilschutzamt Winterthur, Unterhaltschecklisten, Palmstrasse 16, 8402 Winterthur. *wh.*

Historisches Abkommen

Nach der Anfang September erfolgten gegenseitigen Anerkennung von Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) und des ausdrücklichen Terrorverzichts der PLO haben israelische und palästinensische Spitzenvertreter am 13. September in Washington eine Grundsatz-erklärung unterzeichnet, welche in einer ersten Phase den Palästinensern im Gaza-Streifen und in der Region von Jericho eine beschränkte Autonomie zugesteht. Läuft alles nach dem angekündigten Plan, so sollte am 3. Dezember der israelische Rückzug beginnen und spätestens am 13.

April 1994 abgeschlossen sein. Dazu ist folgendes zu bemerken: Oft genug ist die historische Bedeutung des Handschlags zwischen Rabin und Arafat hervorgehoben worden. Dabei kann nicht genügend betont werden, dass beide Parteien erst jetzt wichtige Fragen zu lösen haben – darunter auch die des Status von Jerusalem (hat nicht Präsident Rabin in seiner Ansprache auf dem Rasen vor dem Weissen Haus die Stadt als «alte und ewige Hauptstadt des jüdischen Volkes» bezeichnet?). Es wird unvermeidlich einmal der Moment kommen, da sich die Gespräche nicht nur auf die besetzten Gebiete beschränken werden: Einerseits gibt es noch

eine Diaspora von drei Millionen Palästinensern, die nicht in die Heimat zurückkehren können, und andererseits können sich noch neue jüdische Immigranten (z.B. aus Russland) in Israel rechtlich uneingeschränkt niederlassen. Vordringlicher und viel ernster stellt sich das Problem wie man mit dem Widerstand in den beiden extremen Lagern der Gegner jeglicher Konzessionen umgehen wird. Entscheidend werden schliesslich auch die Ergebnisse der syrisch-israelischen Verhandlungen über die Zukunft der Golan-Höhen sein.

*Zentralstelle für Gesamtverteidigung,
15. 9. 93*

ZS-Zentrum Riedbach wird nicht saniert

Die Rot-Grün-Mitte-Mehrheit im Berner Stadtrat hat sich in der ersten Sitzung nach den Sommerferien durchgesetzt. Mit 38 gegen 36 Stimmen wies das Parlament die Sanierung des Zivilschutzausbildungszentrums Riedbach an den Gemeinderat zurück. Das zwanzigjährige Zentrum müsste wegen der ungenügenden Wasserqualität an das Netz der städtischen Wasserversorgung und ausserdem an die Kanalisation angeschlossen werden. Das hausinterne Leitungsnetz bedarf der Erneuerung und die tropfenden Flachdächer müssen saniert werden. 1,275 Millionen Franken soll das Ganze kosten. Polizeidirektor Kurt Wasserfallen lehnte jede Verantwortung ab, falls wegen des schlechten Trinkwassers eine Epidemie unter den Zentrumsbenützern ausbrechen sollte.

Der Bund, 20. 8. 93

EMD-Grossprojekt für den Umweltschutz

Mit einem Kredit von 74,6 Millionen Franken, den die eidgenössischen Räte 1988 bewilligt haben, wurde am 16. September im Beisein von Bundesrat Kaspar Villiger ein weltweit einmaliges Bauwerk seiner Zweckbestimmung übergeben: die Lärmschutzbauten Wittaumatte in Thun. In zwei oberirdisch erstellten, aber fast vollständig überdeckten Betonkanälen von 500 und 200 Meter Länge können Versuchs- und Erprobungsschiessen mit den zurzeit grössten Waffenkalibern unserer Armee durchgeführt werden. Die Umwelt werde nicht wie bisher mit starken Lärmentwicklungen belastet, äusserte sich der EMD-Projektdelegierte Arthur Liener, heute Generalstabschef. Und Bundesrat Villiger betonte: «Auch bei knappen Finanzen steht der Umweltschutz gleichwertig neben den militärischen Bedürfnissen.»

EMD-Information, 16. 9. 93

Die 30 Kriege des Jahres 1992

Das internationale Friedensforschungsinstitut in Stockholm veröffentlichte sein Jahrbuch für das Jahr 1992. Darin sind weltweit 30 Kriege aufgelistet. Das Institut definiert dabei einen Krieg als «grösseren bewaffneten Konflikt mit anhaltenden Kämpfen zwischen den Militäreinheiten von zwei oder mehr Regierungen oder einer Regierung und mindestens einer organisierten, bewaffneten Gruppierung bei dem Waffen angewandt werden und mindestens tausend Personen als Folge von Kämpfen insgesamt gestorben sind.» «Rekordhalter» in dieser tristen Statistik sind Afghanistan (seit 1978 – 1 Million Tote), Mosambik (1976 – 132 000), Angola (1975 – 100 000), Guatemala (1968 – 46 300) und Sudan (1983 – 40 000).

Jahrbuch 1992 des SIPRI-Instituts

Blauhalm-Planung trotz Referendumsdrohung

Im Spätherbst sollte ursprünglich die Rekrutierung der Schweizer Blauhelme beginnen. Die konzeptionellen und planerischen Vorbereitungen dazu werden trotz angekündigtem Referendum gegen das Blauhalmgesetz weitergeführt. Zwar haben die Lega dei Ticinesi, die Autopartei und die Schweizer Demokraten ein Referendum gegen das «Bundesgesetz über schweizerische Truppen für friedenserhaltende Operationen» angekündigt. Damit würden die Vorbereitungsarbeiten jedoch nicht gestoppt, stellte EMD-Sprecher Daniel Eckmann klar; «denn sonst könnte man ja mit der blossen Referendums-Ankündigung die staatliche Tätigkeit lahmlegen.» Vorausgesetzt, das Gesetz kann planmässig in Kraft gesetzt werden, möchte Bundesrat Kaspar Villiger mit der Rekrutierung der Freiwilligen beginnen. Der UNO soll ab Ende 1994 ein ungefähr

Österreich: Wir brauchen die Miliz

Wer auch nur ein wenig Sachverstand hat, wird nicht bestreiten können, dass wir die Milizsoldaten für das Bundesheer dringend benötigen. Heute und morgen! Vor allem sind sie es, die für eine Verankerung des Wehrgedankens in der Bevölkerung sorgen. Es kann nämlich gerade in der heutigen Zeit nicht genug Warner vor den gefährlichen Traumvorstellungen «bunter» (mehrere Farben sind möglich) Pazifisten (= Wehrdienstverweigerer) geben. Um diesem, für unsere staatliche Gemeinschaft gefährlichen, gedanklichen Wildwuchs nicht völlig widerspruchslos ausgesetzt zu sein, bedarf es der ideellen Unterstützung der wehrbereiten Jugend – unserer Milizsoldaten.

Truppendienst-Sonderheft, 2/1993

600 Mann starkes Bataillon zur Verfügung gestellt werden.

The Sahara Mirror, August 1993

Führungstraining für Neuhauser Kader

Menschenorientierte Führung, Kommunikation sowie die Grundlagen der Erwachsenenbildung und deren Umsetzung anhand praktischer Lernsequenzen waren kürzlich die zentralen Themen eines Weiterbildungskurses für das Zivilschutzkader von Neuhausen am Rheinfluss. Während dreier Tage unterzog sich das Kader einem intensiven Führungstraining, welches von Dieter Buchser aus Basel und Hans Hirt, Ortschef der ZSO Neuhausen, professionell geleitet wurde.

Zivilschutz Info, September 1993

Inserentenverzeichnis

ACO Zivilschutzmobiliar	31	Krüger & Co.	29, 39
Aeschlimann AG	55	Marcmetal SA	4, 30, 42, 60
Andair AG	23	Marolf Walter AG	32
Artlux	47	Neukom H. AG	26, 40
Ausbildungszentrum SRK	32	Opdag	47
Bautech AG	32	Schweizer AG	63
Briner-Hebgo AG	19, 42	Ubag Tech AG	4
Gemeinde Wettingen	4	Verband Schweiz. Hersteller von Schutzraum- ausrüstungen	64
Haug Robert AG	19	Vinora AG, Folienwerk	32
Keller Schutzraumanlagen	2		